

PAPERS

MICHAEL BRIE (HRSG.)

**DIALOG DURCH
DIE MAUER**

**25 JAHRE NACH DER VERÖFFENT-
LICHUNG DES DOKUMENTS
«DER STREIT DER IDEOLOGIEN UND
DIE GEMEINSAME SICHERHEIT»**

Michael Brie (Hrsg.)

Dialog durch die Mauer

**25 Jahre nach der Veröffentlichung des Dokuments
»Der Streit der Ideologien und die gemeinsame
Sicherheit«**

Beiträge zur Diskussionsveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
am 23. August 2012 im Tagungszentrum der Evangelischen Akademie
in der Französische Friedrichstadtkirche Berlin

IMPRESSUM

PAPERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 • 10243 Berlin • www.rosalux.de

ISSN 2194-0916 • Redaktionsschluss: August 2013

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Rolf Reißig: 25 Jahre SPD-SED-Dialogpapier – ein Rück- und Ausblick	7
Erhard Eppler: Zu wenig gelesen, falsch kritisiert	13
Thomas Meyer: Von der Notwendigkeit neuer Dialoge in Zeiten der Globalisierung	16
Dieter Klein: Neue Konstellationen für linke Diskurse und die Dialogkultur	19
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	24

Vorwort

Am 27. August 1987 wurde auf Pressekonferenzen in Berlin (Ost) und Bonn ein ungewöhnliches Dokument präsentiert: «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit». Es war aus dem Dialog zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED entstanden. Autoren waren Thomas Meyer und Erhard Eppler für die Grundwertekommission, Rolf Reißig und Otto Reinhold für die Akademie für Gesellschaftswissenschaften.

Aus Anlass des 25. Jahrestages dieser Präsentation führte die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 23. August 2012 eine Veranstaltung unter dem Titel «Dialog durch die Mauer – Dialoge im Zeitalter neuer globaler Konflikte» mit Erhard Eppler, Rolf Reißig, Thomas Meyer und Dieter Klein durch. Sie fand im Tagungszentrum der Evangelischen Akademie in der Französische Friedrichstadtkirche Berlin statt.

Seit 25 Jahren ist die Diskussion zu diesem Dokument, seiner Entstehung und seinen Folgen nicht zum Ende gekommen. Mit Rolf Reißigs Buch «Dialog durch die Mauer», das 2002 erschien, liegt eine umfassende sozialwissenschaftliche Forschung dazu vor, die durch viele Zeitzeugenberichte ergänzt ist.

Heute, 25 Jahre danach, interessiert vor allem, was jenseits der konkreten historischen Konstellation geblieben ist, die dieses (fast) unmögliche Dokument möglich machte: ein Dokument, das den Streit um das Grundverständnis verschiedener gesellschaftlicher Kräfte und den friedlichen Wettbewerb bei der überzeugendsten Lösung der Menschheitsprobleme ins Zentrum rückte und damit die Macht der SED vor eine Aufgabe stellte, an der sie zwei Jahre später schon gescheitert war.

Immer wieder wird die Frage auch heute noch gestellt: Wieso konnte die durch und durch demokratische SPD mit der durch und durch undemokratischen SED ein Gespräch über Grundfragen der Ideologie und des eigenen Welt- und Selbstverständnisses führen. Ich habe darauf nur eine Antwort: weil auf der anderen Seite Menschen saßen, die – blockiert noch durch ihre Hoff-

nung auf die Möglichkeit einer Reform im Staatssozialismus und aus der Staatspartei heraus – vor allem eines wollten: einen Aufbruch im Zeichen der Menschenrechte, der Demokratie, der Lösung der globalen Probleme. Dies hat zusammengeführt und zum friedlichen Herbst 1989 beigetragen. Dieser gemeinsame Anspruch, der bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen das Papier prägte, hat die Teilnehmer des Gesprächs auch 2012 noch ausgezeichnet. Die Gemeinsamkeiten sind zugleich größer geworden.

Verblüffend ist auch, dass das Dokument von 1987 über so lange Zeit erstaunlich aktuell geblieben ist: Es haben sich nicht nur die globalen Probleme verschärft und sind in eine Vielfachkrise gemündet, sondern es sind neue globale Konflikte entstanden, die eine neue Kultur des Dialogs und neue Maßstäbe für Entwicklung verlangen. Vor diesem Hintergrund wurden auf der Tagung über die widersprüchlichen historischen Erfahrungen, gewonnenen Einsichten und neuen Herausforderungen diskutiert und wieder wurde sichtbar: «Die richtigen Ideen fallen nicht vom Himmel!» Sie werden von Menschen in die Welt gebracht.

Die vorliegende Publikation enthält die Eröffnungsbeiträge der beiden Diskussionsblöcke des Abends. Sie beginnt mit den Texten von Rolf Reißig und Erhard Eppler, an die sich die Wortmeldungen von Thomas Meyer und Dieter Klein anschließen. Moderiert wurde die Veranstaltung durch Ulrike Herrmann von der *faz*.

Michael Brie

25 Jahre SPD-SED-Dialogpapier – ein Rück- und Ausblick

*Was geschah, warum, wie, mit welchen Folgen – und was bleibt nach 25 Jahren? Dazu in der vorgegebenen Kürze sechs Anmerkungen:**

1. Was vor 25 Jahren in Bonn und Berlin-Ost geschah, galt zunächst als eine Überraschung und gilt für manche bis heute gar als eine Sensation.

Denn nach Jahrzehnten erbitterter Auseinandersetzung und Feindschaft zwischen SPD und SED präsentierten die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED erstmals ein gemeinsames Grundsatzpapier. Diese Erklärung sorgte in Ost und West für lebhaft und kontroverse Diskussionen und Deutungen, die bis heute anhalten. Verwundern kann das kaum, denn mit diesem Unterfangen wurde Neuland beschritten und ein Experiment eingeleitet, dessen Ausgang zunächst offen schien.

Das scheinbar Unmögliche war möglich geworden, weil die Zuspitzung der menschengefährdenden Konflikte – das atomare Wettrüsten zwischen Ost und West, der Nord-Süd-Konflikt und der globale Umweltkonflikt – auf beiden Seiten und auch innerhalb beider Parteien neues Denken und die Bereitschaft zu wechselseitigen Gesprächen beförderte. Es war möglich geworden, weil Willy Brandt schon im Oktober 1982 in einem persönlichen und nie publik gewordenen Brief an Erich Honecker erstmals Gespräche zwischen SPD und SED anregte und Honecker dem zustimmte.

* Vgl. ausführlicher dazu Reißig, Rolf: Ein umstrittener Dialog und seine Folgen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 11/2012, sowie Reißig, Rolf: Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED, mit einem Nachwort von Erhard Eppler, Frankfurt a. M./New York 2002.

An Ideologiegespräche dachten zu jener Zeit jedoch weder Brandt noch Honecker. Ja, sie hielten sie damals für wenig sinnvoll.

2. Die Gespräche und Dialogrunden zwischen der Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG), die im Zeitraum vom Februar 1984 bis zum April 1989 stattfanden, waren im Vergleich zu den anderen deutsch-deutschen und auch SPD-SED-Kontakten ein Sonderfall, der einen Perspektiven- und Paradigmenwechsel beinhaltete. Und dies in dreifacher Hinsicht:

Zum einen waren der Gegenstand dieses Grundsatzdialogs nicht die kleinen (notwendigen) Schritte der Deutschlandpolitik, sondern die großen ideologischen Streitfragen des Ost-West-Konflikts. Damit wurde erstmals über das geredet und gestritten, was ansonsten bewusst ausgeklammert blieb, weil es beide Seiten seit jeher voneinander trennte, Kompromisse in den anstehenden Sachfragen verhinderte und deshalb als störend empfunden wurde: die entgegengesetzten gesellschaftspolitischen- und Wertorientierungen sowie Ideologien der Systeme in Ost und West.

Zum anderen war offensichtlich, dass Gespräche solchen Inhalts nicht in die Kompetenz der Regierungen gehörten und auch Parteiführungen dafür nicht geeignet waren, eher schon wissenschaftliche (Partei-)Institute und Intellektuelle aus Ost und West. Kein Wunder, dass die Idee für solche Gespräche nicht aus dem Parteiapparat, sondern aus dem intellektuellen Bereich kam, ein Wunder eher, dass der Vorschlag aus der DDR kam. Erhard Eppler griff ihn auf und begann ihn schrittweise mit Leben zu erfüllen.

Schließlich waren diese Gespräche nicht nur durch andere Inhalte, andere Akteure, sondern auch durch andere Formen und andere Ergebnisse gekennzeichnet:

- Die Gespräche erstreckten sich jeweils über mehrere Tage und über einen Zeitraum von fünf Jahren, und dies ohne Anweisungen von den Parteioberen.
- Die Themen wurden von Mal zu Mal gemeinsam festgelegt und waren breit gefasst: Frieden, Fortschritt, Arbeit, Demokratie, Menschenrechte und gesellschaftlicher Wandel.
- Die Diskussionen waren oft heftig, aber fair und durch Vernunft geprägt – und seit dem vierten Treffen im Februar 1986 mit der Teilnahme von Medienvertretern (u.a. *Die Zeit*, *Der Spiegel*, die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Rundschau* und der Westdeutsche Rundfunk aus der Bundesrepublik sowie das *Neue Deutschland*, die *Einheit*, die *Berliner Zeitung*, der *Horizont*, der Berliner Rundfunk aus der DDR) auch öffentlich.
- Lerneffekte vollzogen sich dabei auf beiden Seiten und wurden so auch beiderseits wahrgenommen und bekundet.

Diese Gespräche leiteten das ein, was ich den *ersten, wirklich systemübergreifenden Dialog* nennen würde.

Das wichtigste, zunächst gar nicht vorgesehene Ergebnis war das *gemeinsame Grundsatzpapier «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit»* vom August 1987. Es wurde von Thomas Meyer und Rolf Reißig erarbeitet und dann vom Leiter der Grundwertekommission der SPD Erhard Eppler in Absprache mit dem Rektor der AfG, Otto Reinhold, redigiert.

Im Unterschied zu den anderen deutsch-deutschen sowie auch SPD-SED-Gesprächsergebnissen war dies ein *gemeinsamer Appell an die Öffentlichkeit*. Adressaten waren zuerst die Gesellschaften in Ost und West, und dies in europäischer Dimension.

3. Das gemeinsame Papier – die neuen Botschaften

Die drei Schlüsselbegriffe lauteten: *Gemeinsame Sicherheit – Friedlicher Wettstreit*

der Gesellschaftssysteme – Politische Kultur des Streits und Dialogs. Zwischen diesen Schlüsselbegriffen wurde ein enger, innerer Zusammenhang hergestellt:

Gemeinsame Sicherheit: Frieden, so die erste Botschaft, ist nicht mehr gegeneinander zu errüsten, sondern nur noch miteinander zu vereinbaren. Ein Konzept, wie es bereits die Palme-Kommission und namentlich Egon Bahr erarbeitet hatten. Der potenzielle Gegner wird zum unentbehrlichen Partner der Friedenssicherung und bei der Bewältigung der globalen Konflikte. Das spezifisch Neue im Papier lautete aber: Rüstungskontrolle und Abrüstung sind für Friedenssicherung und Entspannung wichtig, aber nicht ausreichend. Notwendig sind dafür zugleich die schrittweise Überwindung der Feindbildpropaganda, die Entmilitarisierung des Denkens und die Schaffung friedensfähiger Ideologien in Ost und West.

Systemwettstreit: Auch bei gemeinsamer Sicherheit blieben aber grundlegende Gegensätze der Systeme zwischen Ost und West bestehen und ihre Austragung unvermeidbar. Doch dafür sollten nun ein neuer Rahmen geschaffen und neue Spielregeln vereinbart werden. Grundvoraussetzung dafür war – so das Papier – die wechselseitige Akzeptanz der Existenzberechtigung der anderen Seite, ihrer Friedens- und Reformfähigkeit. Und der Wettstreit sollte nicht länger mit dem Ziel globaler Hegemonie und Machtausdehnung, sondern um die Lösung der die Menschen weltweit bedrängenden Probleme geführt werden – Sicherheit, Entwicklung, Umweltschutz, Freiheit und Gleichheit. Deshalb sollten auch die Menschen anhand des praktischen Beispiels und Vergleichs selbst die Schiedsrichter sein. Dies alles erforderte eine neue Dialog- und Streitkultur.

Neue Kultur des Streits und Dialogs: Dialog und Öffnung nach außen verlangen Dialog und Öffnung nach innen. Abbau der Feindbilder, Akzeptanz der Andersdenkenden, offene Diskussionen über die Ergebnisse des Gesellschaftswettstreits, umfassende Informiertheit der Bürger, wissenschaftlicher und kultureller Austausch sowie Besuch und Gegenbesuch über Systemgrenzen hinweg waren die Forderungen in der gemeinsamen Erklärung.

Was mit dem Papier als Ganzem formuliert wurde, waren zuerst einmal Absichten, nicht

eine gegebene Realität. Das Papier war insofern gedacht als Impulsgeber für soziale, ökologische und demokratische Veränderungen in Ost und West. *Vom Wandel durch Annäherung zum Wandel durch Dialog und Wettstreit verschiedener Entwicklungs- und Gesellschaftsmodelle.*

Der bekannte, aus dem DDR-Verband ausgeschlossene Schriftsteller Rolf Schneider schrieb kurz nach Veröffentlichung des Papiers in einem *Spiegel*-Essay vom SPD-SED-Papier als «Magna Charta einer möglichen Perestroika in der DDR».

4. Wie wurde das Papier aufgenommen und diskutiert?

Ich beziehe mich hier ausnahmsweise nur auf die DDR, obgleich gerade auch in der Bundesrepublik das Papier sehr unterschiedliche Reaktionen hervorrief und sich eine konservative Ablehnungsfront – übrigens bis heute – formierte («Schmachvolles Papier», «Machwerk», «Verrat an der westlichen Wertegemeinschaft», «Nützliche Idioten»).

Es kam auch für die zwei ost- und die zwei westdeutschen Autoren des Papiers überraschend, dass Erich Honecker diesem ungewöhnlichen Ideologiepapier ohne Einwände und über Nacht (vom 16. zum 17. Juli 1987) zustimmte. Zumal das kein Auftragswerk war und der Inhalt nicht mit der SED-Führung abgestimmt worden war. Honecker sah im Papier offensichtlich einen wichtigen Akt der DDR-Friedenspolitik und Schritt zur Gewinnung der SPD für die angestrebte «Koalition der Vernunft». Auch führte er selbst ja seit Längerem regelmäßige Gespräche mit SPD-Spitzenpolitikern wie Hans-Jochen Vogel, Egon Bahr, Karsten Voigt, Johannes Rau, Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder, Björn Engholm. Der Begleitbrief Otto Reinholds, in dem er diese Grundsatzklärung vor allem als Erfolg der DDR-Seite bezeichnete, und der bevorstehende Besuch Honeckers bei Kohl in Bonn taten sicher ein Übriges für diese Zustimmung.

Der tiefere Sinn und das Anliegen des Dialogpapiers wurden jedoch nicht erfasst, wie sich bald zeigen sollte. Man glaubte, die bislang praktizierte Doppelstrategie – Dialog und gewisse Flexibilität nach außen, Dialog- und Reformverweigerung nach innen – un-

beschadet fortsetzen zu können. Doch genau das war mit dem Dialogpapier infrage gestellt und durchbrochen worden.

Der Auftakt war zunächst erfreulich. Pressekonzferenzen in Berlin (Ost) und Bonn am 27. August 1987, Veröffentlichung des Papiers im *Neuen Deutschland* am Tag danach, Live-Diskussion zwischen den vier Autoren am 1. September 1987 im DDR-Fernsehen. In der DDR entwickelte sich eine erstaunlich breite und zunächst auch öffentliche Diskussion. Kein anderes Dokument der Deutschlandpolitik erzeugte solche gesellschaftlichen Turbulenzen.

In der SED selbst kam es zu den lebhaftesten, interessantesten und kontroversesten Diskussionen seit den 1960er Jahren. Zusammen mit den neuen Perestroika-Signalen aus Moskau bewirkte es ein Gefühl der Erleichterung und der Hoffnung auf Veränderungen. Zuerst stand der Streit zwischen alten Glaubenssätzen und den neuen Begriffen im Mittelpunkt: Friedensfähigkeit statt Aggressivität des Imperialismus? Reformfähigkeit statt bevorstehender Niedergang des Kapitalismus? Systemwettstreit mit offenem Ausgang statt gesetzmäßiger welthistorischer Sieg des Realsozialismus? Sozialdemokratie als Partner einer «Koalition der Vernunft» statt Stütze des Kapitals und gefährliche ideologische Abweichung? Angemerkt sei, dass DDR-Wissenschaftler hier schon längst Revisionen und Neudefinitionen vorgenommen hatten. Dies wurde damals auch im Westen aufmerksam registriert. Ab Frühjahr 1988 kam es dann auch innerhalb der SED verstärkt zu einer gesellschaftspolitischen Debatte um Dialog, Offenheit, Demokratie und Reform in der DDR.

Breites Echo und fast ungeteilte Zustimmung fand das Papier in den *Evangelischen Kirchen*, stimmten doch viele Forderungen des Papiers mit den seit Langem erhobenen Forderungen der Evangelischen Kirchen der DDR überein (Abbau von Feindbildern, gesellschaftlicher Dialog, Akzeptanz von Andersdenkenden, demokratischer Wandel).

Und entgegen heutigen Deutungen fand das gemeinsame SPD-SED-Papier auch bei einer Mehrheit in den *Bürgerrechtsgruppen* zunächst alles in allem einen positiven Widerhall. Das Papier diente ihnen zugleich als Berufungsinstanz für ihre kritischen Forderungen an die DDR-Machthaber. Skepsis jedoch blieb und wurde bald durch die Er-

eignisse um die Umweltbibliothek und die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration bestätigt und verstärkt. Doch bis Ende 1989 berief sich eine Mehrheit immer wieder auch auf dieses Dialogpapier. Auch im Nachhinein bekundeten bekannte Bürgerrechtler in einem Brief an den damaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel die Bedeutung des SPD-SED-Dialogpapiers für den friedlichen Wandel in der DDR.

Auch *international* (u. a. Tagung von elf sozialdemokratischen/sozialistischen und sechs kommunistischen Parteien in Freudenberg 1988) fand das Papier bemerkenswerte Resonanz, unter anderem in kommunistischen Parteien im Osten und Westen sowie in der Sozialistischen Internationale. So gab es selbst Angebote mehrerer sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien an die DDR-Autoren, ähnliche gemeinsame Erklärungen zu erarbeiten.

Trotz unterschiedlicher Reaktionen und Positionen war das SPD-SED-Dialogpapier in der *DDR-Gesellschaft* alles in allem mehrheitsfähig geworden, doch anders, als es sich die SED-Führung vorstellte. Kaum jemand bestritt seinen Wert als Ausdruck neuen Denkens in Ost-West-Sicherheitsfragen und den Anteil der SED daran. Aber das eigentlich Interessante am Papier waren für diese Mehrheit in der DDR die Forderungen nach offener Diskussion innerhalb eines jeden Systems, nach Einbeziehung aller Personen und Gruppen in den gesellschaftlichen Dialog, nach Informiertheit der Bürger, nach Wettstreit der verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungsmodelle und nach demokratischen Reformen. Dabei ging es dieser Mehrheit damals nicht um die Abschaffung der DDR, sondern um deren Demokratisierung und um einen Wandel in Ost *und* West. Es entstand die Möglichkeit der Herausbildung einer gesellschaftlichen Koalition für eine demokratische Reformentwicklung. Eine für die DDR der 1980er Jahre einmalige Situation und Chance.

Die Gegner des Papiers in der DDR waren vorübergehend in die Defensive geraten und sahen ihr Wahrheits- und damit Machtmonopol gefährdet und bliesen nun zur Gegenoffensive. Diese begann mit Kurt Hagers ersten Versuchen zur Uminterpretation von Grundideen des Papiers (u. a. zur Frage der Feindbilder sowie der Friedens- und Reformfähigkeit der beiden Systeme)

bereits im Oktober 1987. Dann erfolgten die Anweisung des Propagandachefs Joachim Herrmann an die Medien, die Berichterstattung über die Diskussion des Papiers einzustellen, da sie nur «zu Konfusionen und Illusionen in der SED geführt» habe; Margot Honeckers brüske Zurückweisung des Vorschlags einer deutsch-deutschen Schulbuchkommission; das Verbot, das Papier als Broschüre mit Kommentaren zu drucken; Erich Mielkes zunehmende Warnungen vor «gefährlichen Diskussionen», die das Papier ausgelöst habe und die durch das Wirken «negativ-feindlicher Kräfte des Untergrunds», unterstützt von Kreisen der SPD, zu ernsthaften Gefährdungen der DDR führen könnten. Das außenpolitische Dokument werde von verschiedenen Kräften zur innenpolitischen Destabilisierung und Unterwanderung der DDR «missbraucht». Deshalb wurde von der SED-Führung ab Mitte 1988 eine Missbrauchskampagne initiiert. Es folgten zugleich verstärkte Repressionen, auch innerhalb der SED, unter anderem allein 1988 rund 23.000 Parteiverfahren gegen «Abweichler» und «Nörgler». Die restaurativen Kreise und Apparate in der SED konnten in dieser Auseinandersetzung, in der es keinesfalls nur um das Dialogpapier ging (u. a. Auseinandersetzung um die Informations-, Wirtschafts-, Demokratiepoltik der SED und um Moskaus Perestroika- und Glasnost-Kurs), noch einmal ihre Vormachtstellung behaupten. Es wurde jedoch ein Pyrrhussieg, denn die Glaubwürdigkeitskrise der SED-Führung vertiefte sich zusehends. Die beginnende Erosion der SED, verbunden vor allem mit dem demokratischen Aufbruch in der Bevölkerung, führte dann 1989 zur schnellen Implosion der SED und der DDR. Statt Wandel *mit* der SED und Wandel *der* DDR – Sturz der Staatspartei und Ende der DDR. Das aber zwingt zur nächsten Frage.

5. Was bewirkte nun das Dialogpapier, das Dialogprojekt?

Denn das gemeinsame Papier war – wie übrigens die meisten relevanten Akteure jener Zeit – nicht von der Annahme des Sturzes der SED und des Zusammenbruchs der DDR ausgegangen, sondern von der eines längeren Reform- und Wandlungsprozesses in Ost und West. Dieses mit dem Dialogpapier eingeleitete Experiment ging so also nicht wie gedacht auf. Wir haben zu

lange die Reformfähigkeit des Sozialismus über- und die Abwendung der Menschen von der DDR unterschätzt. Sind damit Sinn und Anliegen des Dialogpapiers infrage gestellt? Sind wir am Ende gar einer Illusion aufgefressen? Vergleiche zwischen den Absichten der gemeinsamen Erklärung und ihren Wirkungen können da hilfreich sein.

So hat *zum einen* die breit gefächerte Politik des Ost-West-Dialogs – anders als die Politik der Abstandsnahme und der Konfrontation – wesentlich zur Zivilisierung des epochalen Ost-West-Konflikts und zur friedlichen Öffnung der geschlossenen Ost-West-Strukturen beigetragen. Der damals durchaus mögliche Umschlag des Konflikts in eine militärische Auseinandersetzung wurde damit verhindert. Dies gilt bis heute als historischer Erfolg der Ost-West-Entspannungs- und Dialogpolitik, die in dieser oder jener Form von Akteuren beider Seiten getragen wurde.

Für die DDR wurde diese Entwicklung jedoch zu einer Überforderung. Sie war den neuen Herausforderungen von Öffnung und Wandel nicht mehr gewachsen, und die SED fand keine adäquaten gesellschaftlichen Strategien mehr. Honeckers Westpolitik als Öffnungsexperiment nach außen blieb ohne die erforderlichen innenpolitischen Folgerungen. Im Nachhinein wird deutlich: 1987 ist das Jahr des Höhepunkts der Deutschlandpolitik der DDR und zugleich das Jahr ihres beginnenden Falls. «Schuld» am Zusammenbruch war jedoch nicht, wie «linke» Kritiker bis heute behaupten, die Politik der Entspannung und des Dialogs, sondern die inneren Blockadestrukturen des Sozialismus sowjetischen Typs und die Reformunfähigkeit der SED-Führung.

Zum anderen haben die Diskussionen um das Papier (Abbau Feindbilder, Gewaltverzicht, Dialog, gesellschaftlicher Wandel, Kooperation Ost-West) und ihre Wirkungen die politische Kultur in der DDR (anders als in der stark konservativ geprägten Bundesrepublik) und gerade auch in der SED verändert, und dort das gesellschaftskritische und demokratisch-sozialistische Potenzial gestärkt. 1989 gab es dann nicht nur eine Bewegung gegen die Staatspartei, sondern auch eine Reformbewegung in ihr, was ebenfalls zum friedlichen Verlauf des zunächst nichtintendierten Umbruchs beitrug. Im Herbst 1989 stand anders als 1953,

1956, 1961, 1968 erstmals die Mehrheit der SED-Mitglieder nicht mehr hinter ihrer Führung. Das heißt, es gab nicht nur in der Gesellschaft (entscheidend für die DDR-Transformation), sondern auch in den systemischen Strukturen und Organisationen selbst Differenzierungen, verschiedene Strömungen und Gegenstrukturen. Ein Umstand, der heute, ideologisch motiviert, fast völlig negiert wird.

Auch ein kritischer Rückblick stellt also Sinn und Anliegen der gemeinsamen SPD-SED-Erklärung nicht wirklich infrage. Im Gegenteil.

6. Was aber bleibt, 25 Jahre danach?

Die politische Situation hat sich nach 1989/90 grundlegend verändert. Das Dialogpapier war ein Produkt des Systemkonflikts der 1980er Jahre und ist insofern Geschichte geworden. Aber der Abstand zum Geschehen hat einen erstaunlichen Effekt. Er macht deutlich, wie aktuell dieses Anliegen noch heute ist.

Zum einen betrifft das den Dialog als Modell, als Konzept und Stil konfliktverarbeitender Politik. Dialog ist dort am nötigsten, wo er unmöglich scheint. Das gilt auch und gerade heute, wo neue globale politische Gegensätze und Feindbilder, herkömmliche und sogenannte neue Kriege das Bild unserer Zeit prägen. Der Ausweg ist nicht, wie wir immer wieder erleben, die Militarisierung des Politischen, sondern die Suche nach Dialog, nach globaler Kooperation, nach Verständigungsprozessen, in denen trotz konträrer Ausgangslagen, so wie damals, gemeinsam nach Lösungen gesucht werden muss.

Zum anderen betrifft es auch die zweite Grundidee des Papiers, die des gesellschaftlichen Wandels. Die Suche nach und das Ringen um einen neuen, zukunftsfähigen Entwicklungspfad in Deutschland, in Europa, in der Weltgesellschaft sind mit dem Zusammenbruch des Sozialismus sowjetischen Typs nicht zu Ende. Mehr noch: Eine neue, eine sozial-ökologische und solidarisch-demokratische Gesellschaftstransformation, wie sie damals zumindest in Umrissen bereits angedacht wurde, wird zur größten Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Und das erfordert mehr denn je auch

eine neue Kultur des Dialogs; nicht zuletzt unter und zwischen den pluralen Links- und progressiven Reformkräften, damit sie sich diesen neuen Herausforderungen verantwortungsbewusst stellen und perspektivisch

in der Gesellschaft auch wieder mehrheitsfähig werden können.

Zu wenig gelesen, falsch kritisiert

Meine Damen und Herren,

das, was ich zu sagen habe, nehmen Sie bitte wahr als eine Ergänzung zu den Ausführungen von Rolf Reißig. Es gibt keinen Punkt, wo ich ihm widersprechen müsste. Ich habe mir nur noch ein paar Notizen gemacht zu Fragen, die Sie vielleicht noch interessieren könnten, beispielsweise, wie es eigentlich zu diesen Gesprächen gekommen ist. Ehrlich gesagt, ich weiß es bis heute nicht genau.

Damals, es war wohl im Jahr 1983, ist Professor Helmut Seidel aus Leipzig auf mich zugekommen, der, wie ich inzwischen weiß, schon in den 1960er Jahren von der Stasi auf mich angesetzt war, übrigens ebenso wie auf Habermas. Immer, wenn er rübergekommen ist, hat er entweder zuerst mich und dann Habermas besucht oder umgekehrt. Ich habe nachher jede Postkarte in den Stasi-Unterlagen wiedergefunden. Also, Helmut Seidel, der in Leipzig 2007 gestorben ist und dort ein sehr angesehener Dozent der Philosophie war, fragte mich, ob wir denn nicht auch mal über grundsätzliche Dinge reden könnten. Da gebe es doch unsere Grundwertekommission und bei ihnen die Akademie, die wären sehr geeignet. Da ich von Hause aus nur begrenzt naiv bin, habe ich natürlich damit gerechnet, dass er beauftragt worden war, solch einen Vorschlag zu unterbreiten. Seine Frau Jutta, auch eine sehr bedeutende Frau, möchte schwören, dass dem nicht so war. Dass er keinen Auftrag der Stasi hatte, das leuchtet mir sofort ein, denn Mielke war von Anfang an gegen diese Gespräche. Von dem konnte es also nicht kommen.

Ich jedenfalls war der Meinung, da steckt die Parteiführung der SED dahinter. Ich traf mich dann in Stuttgart – ich war damals Abgeordneter im Landtag – mit Herbert Häber, der im ZK der SED zuständig war für die Bundesrepublik. Ich erzählte ihm von Seidels Vorschlag, wir redeten darüber, und mir fiel auf, dass er ein bisschen stutzte. Inzwischen weiß ich, dass er in dem Augenblick, als ich ihn ansprach, von der Sache noch gar nichts wusste. Also, ich hab dann mit Willy Brandt geredet, der mäßig

begeistert war. Ich habe argumentiert: Das ist ein interessantes Thema, und das Risiko liegt allein bei der DDR, bei der SED. In Westdeutschland sind die Regierungen legitimiert durch eine freie Wahl. In der DDR ist die auf Dauer festgeschriebene Macht der SED legitimiert durch den Wahrheitsanspruch des Marxismus-Leninismus, und wenn die bereit sind, sozusagen am Nerv ihres Staates herumzudoktern, dann ist das ihre Sache, ich muss sie nicht davon abhalten. Das hat Willy Brandt dann einigermaßen eingeleuchtet. Obwohl er, wie das bei Willy häufig der Fall war, noch seine Zweifel hatte, hat er der Grundwertekommission der SPD vertraut.

Ich möchte jetzt etwas sagen, was ganz seltsam klingt: Diese Grundwertekommission der damaligen Zeit war ein absolutes Dreamteam. Das hat es vorher und nachher nicht mehr gegeben. Ich habe nie, auch nicht im kirchlichen Bereich, eine Diskussion erlebt, wo jeder so genau auf den anderen gehört hat, genau da weiter gemacht hat, wo der andere aufgehört hat. Wo keiner irgendwelche eigenen Statements abgab und danach Zeitung gelesen hat – was in der Politik häufig der Fall ist. Wir haben uns auf die Zusammenkünfte mit der SED nie gründlich vorbereitet. Von uns hatte fast niemand gelesen, was die Professoren von der anderen Seite publiziert hatten. Umgekehrt hatten die alles gelesen. Zum Beispiel, was Iring Fetscher oder Thomas Meyer oder ich publiziert hatten. Und obwohl wir uns vorher nicht immer abgesprochen haben, hat das stets glänzend funktioniert. Wir hatten einige, die ein bisschen offensiver waren, dazu gehörte Thomas Meyer, der eine Kindheit, eine Jugend in der DDR mit dem ganzen Marxismus-Leninismus-Unterricht hinter sich hatte. Und dazu gehörte vor allem Johano Strasser, während ich eher die Wogen zu glätten hatte, aber das hat wunderbar funktioniert. Keiner hat dem anderen irgendwelche Vorwürfe gemacht, das hat wunderbar zusammengepasst.

Und jetzt: Wie ist es zu diesem Papier gekommen? In den letzten Februartagen des Jahres 1986 hatten wir ein Treffen in Freu-

denstadt. Na jedenfalls waren wir in Freudenstadt beieinander, und die SED-Kollegen kamen an mit der noch gar nicht veröffentlichten Rede von Gorbatschow auf dem XXVII. Parteitag. Da waren sie wirklich ein bisschen high. Und dann hatten wir bei unserem Treffen ein richtig interessantes Thema, das mich fasziniert hat, nämlich: Wenn es so ist, dass wir Frieden nur erhalten können durch gemeinsame Sicherheit, wie Egon Bahr es genannt hat, dass also jeder Staat die Sicherheit des anderen mit zu bedenken und zu berücksichtigen hat und auch für die Sicherheit des jeweils anderen mit Verantwortung zu tragen hat, wie lässt sich das vereinbaren mit Ideologien, von der jede Seite überzeugt ist, dass es die andere eigentlich gar nicht geben dürfte?

Das war das Thema bei dieser Tagung in Freudenstadt, und dann wurde das Papier von Harald Neubert vorgetragen. Ich habe das Papier jetzt noch mal gelesen, da waren so viele neue Gedanken drin. Nach dem Referat von Rolf Reißig und anderen Beiträgen fragte ich mich: Sagen die das jetzt nur hier, oder wären sie bereit, das auch öffentlich zu sagen, so dass man das schriftlich festhalten kann? Und so kam ich auf die Idee zu fragen: Können wir da nicht einmal was schriftlich niederlegen, etwas zusammen formulieren? Ich war natürlich der Meinung – aber da lag ich wieder falsch –, dass Otto Reinhold erst mal Kurt Hager, den Ideologiesekretär der SED, fragen würde. Hat er aber nicht getan, sondern einfach gesagt: Ja, das machen wir. Das war schon ein mutiger Schritt, dass er das selbst entschied. Dann wurden zwei Leute bestimmt, die in Ruhe einen Entwurf formulieren sollten, das waren Thomas Meyer und Rolf Reißig. Und die haben mir dann ungefähr im Frühjahr 1987 einen Entwurf gegeben, der noch sehr viel dicker war als das, was nachher rausgekommen ist. Da standen nämlich noch ziemlich viele militärstrategische Überlegungen drin. Und da ich ein Pedant bin, habe ich gesagt: Dafür sind wir nicht zuständig, dafür hat die Partei andere Kommissionen, die sich zu militärischen Dingen äußern. Also habe ich alles, radikal alles rausgestrichen, was mit Militär zu tun hatte. Und habe auch noch – ich habe so einen sprachkritischen Tick – sprachlich einiges geändert, vor allem da, wo ich das Gefühl hatte, dass die SED-Sprache doch noch durchkam. [Allgemeines Gelächter.] Aber ich will das nicht vertiefen. Ich war

dann außerordentlich überrascht, dass Otto Reinhold praktisch alles, was ich geändert hatte, akzeptiert hat, die ganzen Streichungen ebenso wie die kleinen Veränderungen. Ich glaube, an einer kleinen Stelle hat er etwas eingewandt, das ich dann auch modifiziert habe. Aber so ist das Papier entstanden.

Vielleicht noch etwas: Ich glaube, einerseits war es für die SED-Leute schwierig, die Friedensfähigkeit des Imperialismus anzuerkennen. Nicht die Friedlichkeit, sondern die prinzipielle Fähigkeit, Frieden zu erhalten. Das war eigentlich die größte Schwierigkeit für die SED, und Hager hat das dann auch sehr schnell wieder uminterpretiert. Für uns war es andererseits nicht ganz leicht, die Reformfähigkeit der SED zu akzeptieren, obwohl damals dauernd von Reformen die Rede war. Aber es gab bei uns auch kluge Leute, die sich fragten, ob dieses System überhaupt reformfähig ist. Wir kamen schließlich zu dem Ergebnis: Reformfähig oder nicht, wenn sich etwas dort ändert, dann kann es nur von innen kommen. Ob das dann Reform heißt oder nicht, das ist eine ganz andere Frage.

Eine Anmerkung noch zur Aufnahme des Dokuments in der Bundesrepublik Deutschland. Im Gegensatz zur DDR wurde in der Bundesrepublik das Papier wenig gelesen. Ich habe in all den Jahren nur zwei Leute getroffen, die dieses Papier kritisiert haben und es trotzdem gelesen hatten. Die meisten Kritiker haben einfach gesagt, so etwas macht man nicht. Man macht mit der SED kein Papier, das ist Quatsch, und daher brauche ich es auch nicht zu lesen, um es zu kritisieren. Ich habe in der ganzen Diskussion nie erlebt, dass irgendeine Formulierung aus dem Papier Gegenstand der Kritik gewesen wäre, sondern es war immer nur das Papier selbst, ohne dass wirklich zitiert worden ist.

Wer es ganz sicher nicht gelesen hat, das ist Helmut Kohl, denn er hat daraus den Verrat an der Wiedervereinigung konstruiert. Nun ist dieses Papier aber inhaltlich gar kein deutsch-deutsches, sondern nur in der Entstehungsgeschichte. Es geht in dem ganzen Papier nicht um die DDR und nicht um die Bundesrepublik. Die beiden Staaten kommen überhaupt nicht vor, auch nicht die Worte DDR und Bundesrepublik. Es geht vielmehr um die beiden Systeme und ihre Ideologien, das westliche und das östliche

System. Und auch das hat übrigens mit meiner Pedanterie zu tun, weil ich der Meinung war, die Wiedervereinigung ist ebenfalls nicht unser Thema, wir haben ein anderes. Wenn von der deutschen Einheit die Rede ist, dann sind andere Leute zuständig.

Ich habe jetzt vor 14 Tagen hier in Berlin eine Veranstaltung gehabt, da hat ein sehr angenehmer und auch kluger Mensch – es waren nicht nur solche da – moniert, dass das Thema Deutschland und deutsche Einheit überhaupt nicht vorkommt in dem Papier. Ich sagte: Ja, das kommt nicht vor, weil ich es nicht drin haben wollte, weil ich der Meinung war, das ist nicht unser Bier. Aber bei der Fernsehsendung, der einzigen Fernsehsendung, in der westdeutsche Politiker und Wissenschaftler live im Fernsehen der DDR auftreten durften – das war ein paar Tage nach der Veröffentlichung des Papiers, Anfang September –, da wurde mir in den Mund gelegt, dass die deutsche Einheit eigentlich kein Thema mehr sei und die Geschichte das entschieden habe. Da habe ich widersprochen: Ich sei der Meinung, dass die Geschichte immer nach vorn offen ist, und das gelte für die deutsche Geschichte genauso wie für jede andere. Das hat dann dazu beigetragen, dass das das letzte derartige Gespräch gewesen ist.

Schließlich noch eine allerletzte Bemerkung. Ich glaube, dass solche Gespräche relativ wenig bringen, wenn es zum Beispiel heute um das Verhältnis zwischen SPD und Linkspartei geht. Das Verhältnis zwischen SPD und kommunistischen Parteien und natürlich der SED war ja bestimmt durch einander total widersprechende Ideologien. Das waren grundsätzliche Differenzen, die nicht zu überbrücken waren. Zwischen SPD und Linkspartei heute gibt es diese Barriere nicht, denn die Linkspartei bekennt sich ja zum Grundgesetz. Und ich habe keinen Anlass, führenden Leuten dieser Partei zu unterstellen, dass sie das nicht ernst meinen. Hier geht es also um ganz einfache politische Differenzen: Kann man mit diesem oder jenem Programm in der Bundesrepublik regieren, kann man da mit den Sozialdemokraten regieren? Das heißt, das ist eine völlig andere Diskussion, eine eher pragmatische Detail- und Programmdiskussion, während es damals gegenüber der SED unüberbrückbare Grundsatzdifferenzen

waren. Wir wollten einfach verschiedene Staaten: Die Kommunisten und die SED wollten einen Rätestaat und eine Diktatur, und wir, die SPD, wollten eine parlamentarische repräsentative Demokratie.

Ulrike Hermann:

Vielen Dank, Herr Eppler. Ich möchte noch eine Frage stellen: Sie haben gesagt, und das stimmt ja auch, Wiedervereinigung war in dem Papier kein Thema. Aber es gibt einen Satz, der besagt: Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, währenddessen sie nebeneinander bestehen und nebeneinander auskommen müssen. Der bezieht sich auf die beiden Systeme.

Erhard Eppler:

Also, ich habe mir 1987 die Implosion der Sowjetunion nicht vorstellen können. Ich habe zwar schon durch die vielen Kontakte – nicht nur zur SED, sondern auch zu ganz anderen Menschen – das Gefühl gehabt, dass die DDR in Gefahr ist. Aber dass ich die DDR oder die SED praktisch abgeschrieben hätte und der Auffassung gewesen wäre, den Leuten ist nicht zu helfen, die müssen zugrunde gehen, das kam erst im Frühjahr 1989. Da habe ich dann einen entsprechenden Aufsatz im *Spiegel* veröffentlicht mit dem Thema: links blinken, rechts fahren. Und das hat sich auch in meiner Rede zum 17. Juni 1989 niedergeschlagen, mit der ich übrigens die Gespräche bewusst beendet habe. Ich wollte sie nicht mehr weiterführen. Nachdem Hager interveniert 1987 hatte, war unsere nächste Sitzung völlig unergiebig, weil die Professoren der SED und der Akademie so zugeknöpft und so unbeweglich waren. Da hatte ich das Gefühl, es hat gar keinen Sinn mehr. Deswegen habe ich auch im Mai 1989 im Präsidium der SPD, dem ich damals noch angehörte, vorgeschlagen: Wir hören auf. Das wurde allerdings von der Mehrheit des Präsidiums mit der Begründung abgelehnt, die Kirchen in der DDR hätten uns, die Sozialdemokraten, wissen lassen, sie wollten das nicht, damit sie sich weiter auf dieses Papier berufen können. Aber mir war klar, dass ich mit meiner Rede zum 17. Juni 1989 diese Gespräche beende.

Von der Notwendigkeit neuer Dialoge in Zeiten der Globalisierung

Für mich hätte die spannende und interessante Diskussion mit Rolf Reißig und Erhard Eppler ruhig noch weitergehen können. Denn jetzt ein anderes Thema anzuschlagen wirkt ein bisschen gezwungen, aber es ist doch eine interessante Frage, was man daraus für die Gegenwart und für die Zukunft lernen kann. Ich will dazu einige Überlegungen entwickeln. Aber zuvor will ich zu den historischen Sachverhalten, über die so viel diskutiert worden ist, auch noch kurz ein paar Bemerkungen machen, die für mich als Teilnehmer damals entscheidend waren.

Bei Erhard Eppler war damals die Einbindung in die kirchlichen Strukturen und Lebenswelten der Hintergrund für einen großen Teil seiner politischen Arbeit, vor allem in der Grundwertekommission: Kirchen in der DDR, Kirchen im Westen. Ich war in etwas andere Strukturen eingebunden. Das war für mich mitentscheidend dafür, wie ich die Arbeit an diesem Papier gesehen, was ich mir davon erwartet und wie ich damals die Chancen der Umsetzung eingeschätzt habe. Ich will das nur kurz andeuten. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt in Freudenberg seit vielen Jahren einen Arbeitskreis von demokratischen Sozialisten, die aus osteuropäischen Ländern nach Westeuropa gekommen waren. Sie trafen sich einmal im Jahr in Freudenberg für eine Woche und diskutierten darüber, wie Reformen in diesen osteuropäischen sozialistischen Ländern aussehen könnten und welche realistischen Chancen sie hätten. In diesem Gesprächskreis, da spielten solche Leute eine Rolle wie Zdeněk Mlynář, der Sekretär des Politbüros der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gewesen war in der Zeit des Prager Frühlings, Jiří Pelikán, Tomas Kosta und andere. In diesem Kreis herrschte die Vorstellung vor, dass sich in den osteuropäischen Ländern viel ändern müsse. Aber die Änderungen sollten alle nur in die Richtung eines demokratischen Sozialismus gehen, und zwar in Richtung von Demokratisierung, und keinesfalls in die Richtung,

dass plötzlich kapitalistische Ökonomien übernommen und einfach die Strukturen der westlichen Länder etabliert würden. Darüber haben wir diskutiert, vor allem mit Zdeněk Mlynář, mit dem ich sehr gut befreundet war. Diesen Leuten habe ich auch gezeigt, was wir da aufgeschrieben hatten, um auch aus dieser Perspektive eine Meinung dazu zu hören. Damals waren wir überzeugt davon, dass sich an der Existenz der DDR als Staat zu unseren Lebzeiten nichts mehr ändern würde. Wir meinten, egal wie schwach die Legitimation der DDR-Führung werden würde, egal wie groß die ökonomische Krise der DDR werden würde, solange die Sowjetunion existiert, werde die Macht der Sowjetunion auf alle Fälle ausreichen, um die DDR aufrechtzuerhalten. Das war die Analyse. Und wir wissen ja, dass selbst eingefleischte Realpolitiker oder Realzyniker wie Kissinger das auch so gesehen haben zu diesem Zeitpunkt. Ich habe niemanden kennengelernt, der glaubte, dass die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu unseren Lebzeiten oder gar in Kürze eine realistische Perspektive wäre.

Dann kam noch etwas anderes hinzu. Wir kannten die Geschichte der Sowjetunion, und wir kannten auch die Geschichte der Wirtschaftsreformen anderer sozialistischer Länder, wenn ich die mal so nennen will. Und wir waren damals zu der Überzeugung gelangt – das haben wir auch in bestimmten Zeitschriften diskutiert, eine davon war *L 80*, die von Günter Grass herausgegeben wurde –, dass effektive ökonomische Reformen, welche die osteuropäischen Länder und die Sowjetunion gegenüber den westlichen kapitalistischen Ökonomien weniger ins Hintertreffen geraten lassen, nur erfolgreich gemacht werden können, wenn es auch politische Reformen gibt. Ohne politische Reform keine wirksame ökonomische Reform. Und wir glaubten, dass das der eigentliche Grund für Gorbatschows neuen Kurs war. Dass er ein immer stärkeres ökonomisches Zurückbleiben der Sowjetunion

und des sowjetischen Lagers hinter den westlichen Ökonomien konstatierte. Ohne grundlegende ökonomische Reformen wäre das lebensbedrohend. Und die ganze Geschichte der ökonomischen Reformen bis dahin hatte gezeigt, wirksam werden können die nur, wenn sie mit politischen Reformen verbunden sind. Deswegen glaubten wir, dass da wirklich eine fundierte Analyse und eine erfahrungsgesättigte Perspektive dahintersteckten.

Für uns war das Gorbatschow-Papier, so wie Erhard Eppler das vorhin ausgeführt hat, der Beleg dafür, dass die Hauptmacht, die doch in der DDR vorgab, wohin der Zug fuhr, in die gleiche Richtung dachte und dafür sorgen würde, dass die Reformer, so wie einige sich da schon in der Gesprächsrunde zeigten, Rückenwind bekommen würden. Deswegen glaubten wir, es gebe zumindest in dieser Situation eine realistische Chance, dass diese Reformen in der DDR, in der SED-Führung aufgegriffen und realisiert würden.

Solche Annahmen sind immer riskant, und es war uns klar, dass es keine Garantien gibt. Es hat auch niemand behauptet, dass man mit dem Papier etwas garantieren könnte. Es kann natürlich sein, dass viele bei uns und womöglich auch in der SED-Spitze dachten, na ja, was diese Intellektuellen da machen, ist nicht so gefährlich, sind ja nur Intellektuelle. Und das werden wir schon beizeiten in den Griff bekommen, wenn daraus irgendwas entstehen sollte, was problematisch wäre. Deswegen hat man das einfach laufen lassen, weil es eben nicht dicht bei der Macht angesiedelt war, was wir machten. Für die DDR war das eine Fehleinschätzung, weil ja in der DDR ideologische Fragen Machtfragen waren. Bei uns nicht. Bei uns war eine gewisse Intellektuellenverachtung, die auch in der SPD-Führung nicht ganz ohne Anhängerschaft war, eher ungefährlich. Das nur als kleine Reminiszenz von mir.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Ich halte diese ganze Geschichte in diesem historischen Augenblick, wo sie zunächst mal hingehörte, auch heute nicht nur für vollkommen legitim, sondern auch für absolut notwendig. An die Situation ist ja erinnert worden – als die Systemgrenze zwischen Ost und West die innerdeutsche Grenze war, wo so viele atomare Mittelstreckenraketen angehäuft waren, dass wir befürchte-

ten, die Dinger könnten auch von ganz allein losgehen. Da war so viel Automatismus dabei, so viel Technik, so viel Technologie, so viel Irrtumsmöglichkeit, dass wir gesagt haben, hier muss ganz dringend dafür gesorgt werden, damit nicht etwa das, was wir an ideologischen Streitfragen haben, jetzt zündet. Und die ökologischen Probleme, die die Grundlagen der menschlichen Zivilisation zu zerstören drohten in Ost und West: Auch da müssen wir dringend um des Überlebens der Zivilisation willen gemeinsam etwas tun. Also dieser historische Augenblick, in dem plötzlich existenzielle Interessen gemeinsame Erfahrung wurden – das war die Grundlage, die Bedingung der Möglichkeiten. Daraufhin haben wir gesagt: Wenn das so ist, dass es existenzielle Interessen gibt, die beide teilen und ohne die nichts von dem anderen, was man für wichtig hält, überhaupt gemacht werden kann, dann muss man die ganzen Fragen neu bedenken. Das hat ja auch Erhard Eppler hier immer wieder hervorgehoben.

Wenn man sich nun das, was in dieser Situation entstanden ist, heute noch mal systematisch ansieht, so war das im Grunde genommen ein Paradebeispiel für eine einen Konflikt begrenzende politische Aktivität. Wir haben gezeigt, dass da, wo gemeinsame Interessen sind, auch politische oder ideologische Kräfte, die nichts miteinander verbindet, trotzdem ihre ideologischen Konflikte relativieren können, sobald sie sehen, dass die gemeinsamen Interessen überwiegen.

Schauen wir uns an, wo heutzutage ähnliche Konflikte entweder wahrgenommen werden oder existieren. Da ist zum einen das Erstarken Chinas als Weltmacht. Hier dräut die Gefahr, dass in dem Augenblick, wo China so stark wird, dass es nicht mehr von der anderen Seite eingedämmt werden kann, es von dieser Seite aus aufs Neue als Feind wahrgenommen wird, der beizeiten in die Schranken gewiesen werden muss, bevor er sich als gleiche Macht in der Welt behaupten kann. Es handelt sich um einen Konflikt, der aus dem Aufstieg Chinas konstruiert wird oder als solcher von vielen gesehen wird, und er ist keineswegs harmlos. Wie gehen wir also mit China um?

Ein zweiter Konflikt ist von Samuel Huntington thematisiert worden, dessen Thesen großen Einfluss haben. Er stellt die Behauptung auf, dass an die Stelle des ideologi-

schen Konflikts des 20. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert der kulturelle Konflikt getreten sei. Je weniger Ideologien, universalistische Ideologien die kulturellen Unterschiede überlagern, umso mehr kämen die Eigenheiten der verschiedenen Kulturen zum Ausdruck und die Tatsache, dass sie miteinander angeblich unverträglich sind. Daher würden wir im 21. Jahrhundert nicht das Zeitalter der friedlichen Zusammenarbeit erleben, sondern das Zeitalter der kulturellen, religiös motivierten Kriege zwischen unverträglichen Kulturen: *the war of civilizations, the clash of civilizations*. Das sind zwei Problemfelder, mit denen ich viel zu tun habe, konzeptionell, aber auch praktisch. Und das Modell der Konfliktbegrenzung, das wir 1987 praktiziert haben, ohne uns dessen so ganz klar gewesen zu sein, könnte heute eine große Rolle spielen.

Denn was haben wir damals gemacht? Wir haben uns zunächst einmal gefragt, wie wir die Situation jeweils überhaupt wahrnehmen. Und wir haben festgestellt, dass wir in wesentlichen Fragen die gleiche Wahrnehmung der Situation haben: Wir leben nicht in völlig verschiedenen Welten. Die Hauptgefahren, denen wir beide ausgesetzt waren, die haben wir sehr ähnlich wahrgenommen: der mögliche Atomkrieg, die ökologische Selbstzerstörung, die Explosivkraft des unbewältigten Nord-Süd-Konfliktes. Das waren die Impulse, die von Willy Brandt kamen. Eine Situation gemeinsam wahrzunehmen, sich darüber zu unterhalten, wie jeder die Welt sieht, wo er Gefahren sieht – das ist normalerweise der erste Schritt. Das Zweite ist, sich zu überlegen, ob es gemeinsame Interessen gibt, diese Gefahren abzuwenden. Dass es die gibt, das war für uns relativ schnell klar. Denn wir wussten und merkten, wenn wir diese Gefahr nicht bewältigen, hat der ganze Rest von dem, worüber wir uns streiten, keinen Sinn mehr, weil das alles gefährdet wäre und wegbräche. Und der dritte Schritt: Was können wir gemeinsam machen, um die Gefahren abzuwenden? Dazu haben wir in dem Papier eine ganze Menge aufgeschrieben: Kooperation in der Entspannungspolitik, in der

Abrüstungspolitik, Entfeindung im Streit der Ideologien. Und das Vierte ist: Können wir nicht Regeln, friedensstiftende, konfliktreduzierende Regeln vereinbaren, damit wir über das, was verschieden bleibt, was kontrovers bleibt, vielleicht sogar feindlich bleibt, zivilisiert miteinander streiten können? Das waren die vier Schritte. Wenn man sich heutzutage irgendwo ein Krisengebiet anschaut – ob das jetzt Nepal ist, Indonesien oder wo auch immer –, wie da kulturelle, angeblich kulturelle Unterschiede vorgehoben werden – meistens sind die Differenzen ja stark sozialökonomisch bedingt –, um die Leute aufzustacheln, um Kriegsgründe oder Konfliktgründe zu finden – da wäre das Muster, was wir damals praktiziert haben, eigentlich in der Regel das, was bei der Konfliktlösung am erfolgreichsten ist oder am meisten Erfolg verspricht.

Nur nebenbei: Wir haben auch einen Gesprächskreis – das wird nicht an die große Glocke gehängt, ist aber auch kein großes Geheimnis – mit wichtigen Professoren der zentralen Parteihochschule der Kommunistischen Partei Chinas, wo wir regelmäßig solche Fragen diskutieren, wie: Was sind die großen Reformprojekte für die Entwicklung eurer Gesellschaft, an der ihr arbeitet? Was sind unsere? Was verbindet uns? Was unterscheidet uns? Wie reden wir über das, was uns unterscheidet? Auch da könnte eine Erinnerung an unser damaliges Vorgehen hilfreich sein.

Und ein Letztes: Du hast zwar recht, Erhard, die Linkspartei ist nicht die SED, aber es gibt viele im Westen, die möchten, dass sie immer noch so gesehen wird, und daher das SED-hafte in der Linkspartei immer wieder betonen. Angesichts dessen würde ich mir schon sehr wünschen, dass zum Beispiel zwischen den verschiedenen Kräften im linken Spektrum – ich sage nicht linkes Lager, das wäre vielleicht zu viel gesagt – in der Bundesrepublik eine solche Kultur des Streits, ein solch zivilisierter Umgang miteinander einkehren würde. Das würde für die Mehrheitsverhältnisse und für die Reformfähigkeit der Bundesrepublik ein großer Gewinn sein.

Neue Konstellationen für linke Diskurse und die Dialogkultur

Vor 25 Jahren wurden im Dialogpapier von SPD und SED als gemeinsam und kooperativ zu bewältigende Menschheitsaufgaben bezeichnet:

1. Frieden durch gemeinsame Sicherheit und Bannung der nuklearen Kriegsgefahr,
2. Sicherung eines menschenwürdigen Daseins für alle,
3. Überwindung der ökologischen Krise,
4. Überwindung von Hunger, Not und Verschuldung in den Entwicklungsländern.

Als Voraussetzung dafür wurde die Friedens- und Reformfähigkeit der beiden Systeme betrachtet.

These 1

Der Staatssozialismus scheiterte jedoch an seiner strukturellen Reformunfähigkeit. Die von beiden Partnern des Dialogpapiers – ob aus Gründen der Überzeugung, eines Wunschdenkens oder als Kompromiss trotz eigener prinzipieller Zweifel – schriftlich festgehaltene Zuschreibung von Reformfähigkeit an den Staatssozialismus hat sich in Europa als Irrtum erwiesen.

Aber was ist die Bilanz zur Friedens- und Reformfähigkeit bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften?

These 2

Der Westen hat seine Reformfähigkeit erfolgreicher unter Beweis gestellt – gemessen an seiner Potenz für systeminterne und systembewahrende Veränderungen. Darauf verweisen Präsident Roosevelts New Deal, die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung skandinavischer Staaten und nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre die Herausbildung eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, des internationalen Fordismus.

Hochtechnologische Umwälzungen konnten in bewundernswerter Weise vorangetrieben werden, insbesondere die Informations- und

Kommunikationstechnologien. Gegen den heftigen Widerstand der Energiekonzerne hat die Bundesregierung kurz nach der Verlängerung der AKW-Laufzeiten unter dem Schock der Fukushima-Katastrophe und dem Druck der Anti-AKW-Bewegung den Ausstieg aus der Kernenergie und eine Energiewende beschlossen.

Aber die demokratisch-sozialen Reformen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften in dem von Ralf Dahrendorf so bezeichneten sozialdemokratischen Zeitalter der Nachweltkriegsjahrzehnte sind in der Krise des Fordismus in einen neoliberalen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus umgeschlagen.

1989, als sich mit der Implosion des Staatssozialismus im Osten Deutschlands eine historisch einzigartige Chance bot, die Reformfähigkeit des Kapitalismus in einem der Neugestaltung dringlich harrenden Raum unter Beweis zu stellen, als aber schon deutlich wurde, dass auch in der alten Bundesrepublik Wandel auf die Agenda geriet, war kein Hauch von Erneuerungsbereitschaft des Westens zu spüren. Der Einigungsprozess vollzog sich, wie Ulrich Beck bemerkte, nach einem kategorischen «Marktwirtschaft und keine Widerworte!». Ich weiß, warum das nahelag. Aber gleichwohl bleibt dies ein schwarzer historischer Moment für die Reformfähigkeit bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften.

Im Mainstream-Diskurs wurde der Begriff Reform weitgehend umgedeutet. Reformfähigkeit wird gemessen an Deregulierung, vor allem an sozialstaatlicher Deregulierung und sogenannter Flexibilisierung der Arbeit, an Privatisierung, Liberalisierung und Finanzialisierung.

Das Resultat ist nach mehr als drei Jahrzehnten neoliberaler, zunehmend finanzkapitalistischer Entwicklung, dass die großen, im Dialogpapier benannten Menschheitsprobleme ungelöst sind und Lösungen sich keineswegs abzeichnen. Die Entwicklung mündete vielmehr in eine mehrdimensionale

große Krise. Für nur zivil lösbare Probleme werden erfolglos militärische Lösungen angestrebt. Die ökologische Krise hat mit dem Klimawandel und fortschreitender Zerstörung der Biodiversität dramatische Zuspitzung erfahren. Die sozialen Klüfte sind in den reichen Ländern selbst und zwischen ihnen und den Armen in der Welt immer tiefer geworden. Die repräsentative Demokratie ist durch postdemokratische Prozesse gefährdet.

Und die Frage ist, ob der Kapitalismus auch gemessen an der Lösung der vier im SPD-SED-Papier genannten globalen Probleme, die zugleich unsere innergesellschaftlichen Probleme sind, reformfähig ist.

Die Erfahrung der Reformkräfte im Staatssozialismus einschließlich der SED-Reformer ist, dass ihre Hoffnung auf die Reformfähigkeit des Systems, in das sie hineingewachsen waren, das sie trotz seiner strukturellen Grunddefizite doch noch progressiv zu gestalten versuchten und dem sie sich im Namen dessen verpflichtet fühlten, was aus ihm durch Wandel werden könnte, schließlich scheiterte. Könnte es sein, dass auch die linken Reformkräfte in bürgerlichen Gesellschaften, die – wie im Dialogpapier festgehalten – auf die pluralistisch organisierte Demokratie, auf Gewaltenteilung und Machtkontrolle, auf Grundrechte und Sozialstaatlichkeit setzen, eine weitreichendere Reformfähigkeit des Kapitalismus annehmen, als er tatsächlich hat? Dann müsste dies deutlich ausgesprochen werden, um daraus Schlussfolgerungen zu ziehen.

Etwas hat sich da allerdings verändert im Vergleich zu den Zeiten des Dialogpapiers. Die Frage nach der Reichweite kapitalistischer Reformfähigkeit ist heute noch immer eine Frage an Sozialdemokraten, aber ebenso eine Frage an demokratische Sozialistinnen und Sozialisten der Linkspartei, die wie Sozialdemokraten die Evolutionspotenziale der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften als Chance betrachten, ausschöpfen und entfalten wollen.

These 3

Der Kapitalismus hat gemessen an den Herausforderungen einer Friedenswelt, einer sozialen Gerechtigkeit und eines menschenwürdigen Lebens für alle, der Bewahrung der Biosphäre und der Solidarität mit

den Armen und Benachteiligten der Erde seine Reformfähigkeit bisher nicht bewiesen.

These 4

Trotz der historischen Chance für den Weltfrieden durch den Fortfall des Ost-West-Konflikts ist die Welt nicht friedlicher geworden.

– *Die globalen Militärausgaben sind nach Veröffentlichungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI vom 31. Juli 2012 mit 1,74 Billionen US-Dollar höher als zu Zeiten des Kalten Krieges – hochgradig konzentriert auf die USA und die Nato.*

Der neue START-Vertrag reduziert die Zahl der zulässigen Trägersysteme der Vereinigten Staaten und Russlands zwar auf je 800 Systeme und damit um mehr als die Hälfte, die Zahl der Sprengköpfe um 74 Prozent. Da aber beide Seiten bereits weit unter den bisher zugelassenen Grenzen liegen und es zudem undefinierte entschärfte Zählregelungen gibt, ist der faktische Abrüstungseffekt minimal. Er wird außerdem erheblich durch eine gleichzeitige Modernisierung der atomaren und konventionellen Waffensysteme vor allem auf Seiten der USA kompensiert. Götz Neuneck, stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, unter anderem auf die Entwicklung von Waffensystemen, mit denen die USA vom eigenen Territorium aus jeden Punkt der Erde mit quasi-konventionellem Potenzial verheerend treffen können.

Gefährlich ist die Stationierung von US-Raketenabwehrkomponenten in Osteuropa. Russland fühlt sich bedroht und hat darauf mit der Ankündigung reagiert, sich im Falle einer Verstärkung dieses Bedrohungsgefühls durch weitere Schritte der USA aus dem START-Vertrag wieder zurückzuziehen.

Die Bundesrepublik hat im Nato-Rat der Umwandlung der US-Militärbasis Ramstein zur Kommandozentrale für die gesamte Raketenabwehr der Nato mit der Zuständigkeit für Einsatzbefehle weltweit zugestimmt. Das bedeutet Beteiligung an einer weitreichenden, eher konfrontativen als kooperativen Entscheidung. Im Konfliktfall wäre damit nach Egon Bahrs Einschätzung ein prioritäres Ziel für den Einsatz russischer Waffen bestimmt.

Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur, auch mit Waffenlieferungen in akute Krisenherde.

– *Der Sicherung eines menschenwürdigen Daseins für alle in sozialer Gerechtigkeit stehen die dominanten Eigentums-, Verfügungs- und Verteilungsverhältnisse entgegen.*

Das globale reine Finanzvermögen betrug im Jahr 2010 rund 211 Billionen US-Dollar im Vergleich zu einem globalen Sozialprodukt von 59 Billionen US-Dollar.¹ Geldkapitalvermögen sind Ansprüche an ihre Verwertung. Selbst wenn der Verzinsungsanspruch nur ein Prozent betragen würde, wäre das ein Anspruch auf 2,11 Billionen Dollar pro Jahr und würde fast den gesamten jährlichen Zuwachs des Weltsozialprodukts verschlingen. Tatsächlich sind die Verwertungsansprüche mehrfach höher, und es entlädt sich diese absurde Konstellation in immer neuen Krisen.

Die absolute Zahl der weltweit hungernden schwankte in den letzten Jahren zwischen 870 Millionen bis über eine Milliarde Menschen. Die Superreichen in Europa mit einem Vermögen von mehr als 30 Millionen US-Dollar verfügen zusammen über 10,2 Billionen Dollar reines Finanzvermögen,² während 80 Millionen Europäer unterhalb der nationalen Armutsgrenzen leben.³ In den reichen USA gelten 46 Millionen Amerikaner als arm.

Der Anteil prekärer Arbeit an den Beschäftigungsverhältnissen in Deutschland hat erheblich zugenommen. Rund sieben Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich. Der positive Beschäftigungseffekt der deutschen Exporterfolge und der kumulierte Leistungsbilanzüberschuss von 1,2 Billionen Euro seit dem Jahr 2000 haben die Hochverschuldung anderer Länder wie der süd-

¹ McKinsey: Mapping global capital markets, unter: www.mckinsey.com/insights/global_capital_markets/mapping_global_capital_markets_2011, S. 13.

² Vgl. Capgemini/Merrill Lynch: World Wealth Report 2011, unter: www.ml.com/media/114235.pdf, S. 4.

³ Europäische Kommission: Eine Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Brüssel, Juni 2010, S. 12.

europäischen Euro-Staaten als Kehrseite. Die den Schuldnerländern aufgenötigte Austeritätspolitik hat dort einen Schub der Verarmung zur Folge.

– *Im Vergleich zur Situation, in der das Dialogpapier entstand, sind die Gefahren durch die globale ökologische Krise extrem gewachsen und zur wahrscheinlich größten Herausforderung für die Reformfähigkeit unserer Gesellschaft geworden.*

Nach dem im Auftrag des UN-Generalsekretärs erarbeiteten «Millennium Ecosystem Assessment» gelten zwei Drittel der von den natürlichen Ökosystemen geleisteten Funktionen als gefährdet. Besonders bedrohlich ist die wahrscheinliche wechselseitige Kumulation eines solchen Systemversagens.⁴

These 5

Die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften befinden sich also in einer höchst widersprüchlichen Situation. Einerseits sind sie aufgrund ihrer demokratischen und pluralistischen Verfasstheit und Rechtstaatlichkeit, aufgrund des in ihnen wirkenden dynamisierenden Wettbewerbsprinzips und des für große soziale Reformen verfügbaren Produktivitätsniveaus prinzipiell friedens- und reformfähig.

Andererseits verweisen die wachsende soziale Ungleichheit, der Hunger und die menschenunwürdige Lage erheblicher Teile der Erdbevölkerung, die Armut selbst in den reichen Ländern, starke rechtsextreme, rassistische und fremdenfeindliche Tendenzen, ökologische Gefahren, anhaltende Rüstung und militärische Konflikte sowie deutlich postdemokratische Entwicklungen darauf, dass die Mobilisierung dieser Reformfähigkeit für dringlichste gesellschaftliche Umwälzungen den Machteliten erst noch abgerungen werden muss und doch begrenzt bleiben wird. Der Ausgang ist offen.

These 6

Gegen das die Realität stark bestimmende Szenario eines neoliberalen «Weiter so», gegen das mögliche und sich bereits ab-

⁴ Wuppertal Institut: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Frankfurt a. M.: 2008, S. 18 und 470.

zeichnende Szenario eines staatsinterventivistisch modifizierten, grün modernisierten neoliberalen Kapitalismus, gegen ein nicht auszuschließendes Szenario eines verstärkt entzivilisierten, durch die äußerste Rechte bestimmten Kapitalismus – gegen all diese Szenarien gerät aus der Sicht vieler moderner Linker ein anderes Szenario auf die politische Agenda: der Übergang zu bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften, die deutlich demokratischer als zurzeit verfasst sind, die sich einer entschiedenen Erneuerung des Sozialstaats nicht verschließen, sich einem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft öffnen und unter dem Druck der globalen Probleme Wege zu ihrer friedlichen und kooperativen Lösung beschreiten.

Dies wäre die Transformation vom neoliberalen Kapitalismus zu einem sozial und ökologisch regulierten Kapitalismus. Solche Transformation setzt die Reformfähigkeit auch des gegenwärtigen Kapitalismus voraus.

Ein solcher Entwicklungspfad ist allerdings nur gegen den heftigsten Widerstand der auf den Neoliberalismus eingeschworenen Teile der Machteliten vorstellbar, begrenzt bleibend durch ihre Machtfülle und ständig von Rückfällen bedroht – so wie der sozialstaatlich regulierte fordistische Kapitalismus durch den Neoliberalismus zurückgerollt wurde.

Anders als im Dialogpapier vor 25 Jahren muss nach den Erfahrungen der Zeit seitdem festgestellt werden, dass der Kapitalismus sich als nur begrenzt reformfähig erwiesen hat.

These 7

Um das Unterlaufen einer Strategie der Transformation zu einem sozial-liberalen Kapitalismus mit grünen Tendenzen durch eine konservative Gegenrevolution auszuschließen, um einer Verkehrung einzelner progressiver Reformen in eine flexible Bewahrung neoliberaler und finanzkapitalistischer Herrschaft zu begegnen, bleibt nur der Ausweg nach vorn durch eine Stärkung von Elementen, Institutionen und Praxen solidarischer, gerechter Gesellschaften, die auch als Tendenz zu einem demokratischen grünen Sozialismus bezeichnet werden können.

Das würde bedeuten, die Dominanzverhältnisse in der schon von Karl Polanyi festgestellten Dualität von profitbestimmtem Marktprinzip und Schutz der Gesellschaft, zwischen Kapitallogik und sozialökologischer Logik also, umzukehren.

Das würde bedeuten, in eine progressive Transformation im Rahmen des Kapitalismus den Einstieg in eine zweite Große Transformation hineinzuholen, die über den Kapitalismus hinausgeht. Das wäre eine Strategie, die auf dem Konzept einer doppelten Transformation beruht. Diese setzt Reformfähigkeit des Kapitalismus voraus, aber sie ist auch die Konsequenz aus den in der Mehrfachkrise des neoliberalen Kapitalismus zutage tretenden Grenzen dieser Reformfähigkeit.

Könnte ein solches Konzept ein geeigneter Gegenstand eines erneuerten linken Dialogs sein? Immerhin heißt es im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD, die Idee des demokratischen Sozialismus verlange «eine Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, aber in sozialer und menschlicher Sicherheit führen. [...] Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist.»⁵

These 8

Gegen eine solche Perspektive stehen die realen Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Ein wichtiger Gegenstand des Dialogs in der überaus differenzierten pluralen Linken einschließlich der SPD und der Linkspartei bleibt daher wohl, wie in einem voraussichtlich längeren Prozess von schrittweisen Wandlungen, kleinen und größeren Brüchen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in die Richtung einer *Mixed Economy* verändert werden können, in der vor allem private Großbanken, In-

⁵ SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 2007, S. 16 f.

vestmentgesellschaften und Energiekonzerne geschwächt wären und das Öffentliche, vor allem die öffentliche Daseinsvorsorge, entschieden gestärkt wäre.

These 9

Eine wesentliche Aufgabe bleibt die Entwicklung einer solchen politischen Kultur des Streits zwischen Linken unterschiedlicher Strömungen, die geeignet ist, gemeinsamem Handeln für gemeinsame gesellschaftliche Interessen das Übergewicht gegenüber Trennendem zu geben und damit

neue politische Handlungsoptionen zu öffnen. Dass dies in der Linkspartei erhebliche Veränderungen ihrer innerparteilichen Kultur einschließt, setze ich dabei voraus, sehe dafür aber in ihrer neuen Führung günstige Bedingungen.

Womöglich ist die Zeit für gemeinsame Gespräche über Strategien und Politik einer postneoliberalen Entwicklung herangereift, in der sich eine erneuerte Dialogkultur bewähren könnte.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Eppler, Erhard

Erhard Eppler wurde 1926 in Ulm geboren. Nach Gymnasium und Kriegsdienst (1943/45) machte er 1946 Abitur und studierte in Frankfurt/Main, Bern und Tübingen Englisch, Deutsch und Geschichte. 1951 promovierte er zum Dr. phil. und arbeitete von 1953 bis 1961 als Gymnasiallehrer.

Mit Gustav Heinemann begründete er 1952 die Gesamtdeutsche Volkspartei, 1956 wandte er sich der SPD zu. Für die Sozialdemokraten saß er von 1961 bis 1976 im Bundestag, 1967/68 als außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Im Oktober 1968 wurde er Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. 1969 und 1972 im Amt bestätigt, trat er im Juli 1974 wegen Differenzen mit Bundeskanzler Helmut Schmidt zurück.

Seit Mai 1970 war Eppler im Parteivorstand, von Mai 1973 bis Mai 1982 und von 1984 bis 1991 auch im Parteipräsidium. 1975 bis 1991 leitete er die Grundwertekommission der SPD. Als stellvertretender Vorsitzender der Programmkommission wirkte Eppler 1984 bis 1986 entscheidend am Entwurf des SPD-Grundsatzprogramms mit. Eppler nahm sich auch des schwierigen Gesprächs zwischen SPD und SED an und stellte im August 1987 zusammen mit Otto Reinhold das erste gemeinsame Grundsatzpapier von Sozialdemokraten und Kommunisten vor.

Eppler, der 1968 bis 1984 Mitglied der EKD-Synode war, kam im Oktober 1977 für sechs Jahre in den Vorstand des Deutschen Evangelischen Kirchentags. 1981 bis 1983 und 1989 bis 1991 war er amtierender Kirchentagspräsident.

Im Sommer 1991 verabschiedete er sich aus allen politischen Ämtern, im November 1991 schied er zu Gunsten einer ostdeutschen Kandidatin aus dem Vorstand des Kirchentags aus, blieb aber bis 1997 Mitglied des Kirchentagspräsidiums. Seit 1985 gehört Eppler dem PEN-Club an. Erhard Eppler ist Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes.

Klein, Dieter

Prof. Dr., Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität 1951-1955. Promotion 1961; Habilitation 1964; Ordentlicher Prof. für Politische Ökonomie seit 1964; Direktor des Instituts für politische Ökonomie der HU 1964-1977; danach bis 1990 Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der HU; seit Anfang 1990 bis Sommer 1991 Leiter des Instituts für interdisziplinäre Zivilisationsforschung an der HU; seit 1990 bis 1997 Inhaber des Lehrstuhls Ökonomische Grundlagen der Politik am Institut

für Sozialwissenschaften der HU; 2000 bis 2012 Mitglied des Vorstands der Rosa Luxemburg Stiftung. Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Meyer, Thomas

Prof. Dr., Thomas Meyer studierte Philosophie, Politikwissenschaft und Deutsche Literatur an der Universität Frankfurt. 1973 promovierte er dort über das Thema Der Zwiespalt in der Marx-schen Emanzipationstheorie: Studie zur Rolle des proletarischen Subjekts. Seine Habilitation erfolgte 1977 an der Freien Universität Berlin.

Meyer ist ein bekannter Demokratietheoretiker („Theorie der sozialen Demokratie“, VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005) und Kritiker des Einflusses der modernen Medien auf Stil und Inhalte der heutigen Politik. Er ist SPD-Mitglied und arbeitet als Stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission der Partei. Er ist Mitherausgeber und seit 2008 auch Chefredakteur der Zeitschrift Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte. Ferner gehört er dem Lehrkörper der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung an. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte sind die Soziale Demokratie, kulturelle Grundlagen der Politik, politische Kommunikation sowie die Zivilgesellschaft und Politik.

Reißig, Rolf

Prof. Dr., Studium der Philosophie und Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Promotion 1968 zu Sozialen Bewegungen in westlichen Industriegesellschaften, Dozent an der Universität Leipzig bis 1978, Parteiauseinandersetzung und -verfahren, Wechsel nach Berlin und Beginn der Tätigkeit an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften mit den Schwerpunkten Friedensforschung und Systemvergleich. Dazu Habilitation 1979. Teilnahme an den Gesprächen mit der Grundwertekommission der SPD und Mitautor des gemeinsamen Dialogpapiers. März 1990 Gründung des gemeinnützigen „Brandenburg-Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien e. V.“ und lange Zeit sein gewählter Leiter. Dort heute noch tätig, Gastdozent an der Freien Universität Berlin. Publikation mehrerer Bücher, u. a. zum SPD-SED-Dialogprojekt und seinen Folgen, zur Transformation Ostdeutschlands und zur Deutschen Einheit, zur Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert, sowie zahlreicher Artikel in Fachzeitschriften und anderen Medien. Mitglied des Vereins der Rosa-Luxemburg-Stiftung e. V. und des Willy-Brandt-Kreises.